

Dresden, 1.10.2010

## **Stellungnahme der LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V. zum Haushaltsentwurf für die Jahre 2011/2012 bezogen auf die Gleichstellungsrichtlinie des Freistaates Sachsen**

Der vorliegende Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2011/2012 für den Freistaat Sachsen und für die einzelnen Ministerien macht deutlich, dass die Landesregierung in die Gleichstellung von Jungen und Mädchen, von Frauen und Männern nicht mehr investieren möchte.

Die Studien sind zahlreich, in denen nachlesbar, wie unterschiedlich die Chancen für beide Geschlechter sind, an der Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben zu können und nicht benachteiligt zu sein. Gleichzeitig ist bekannt, dass insbesondere Frauen Sachsen den Rücken zu wenden und abwandern.

Wider dieses Wissens ist bspw. geplant, die sächsischen Landesmittel zur Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann von derzeit 640.000 € auf 185.000 € in 2011 und auf 150.000 € in 2012 zu reduzieren. Diese 75%ige Kürzung bedeutet, dass Gleichstellungspolitik und –arbeit quasi nicht mehr arbeitsfähig sein wird. Es kann unter diesen Bedingungen gar nicht mehr möglich sein, eine gelingende Gleichstellung von Mann und Frau, Mädchen und Jungen zu erreichen bzw. kritisch zu begleiten.

Konkret betroffen ist hiervon auch das Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V.:

- o LEMANN Leipzig e. V.

Darüber hinaus erfahren wichtige Kooperationspartnerinnen wie auch Akteurinnen der Mädchen- und Frauenarbeit Kürzungen.

Auf Grundlage der sächsischen Richtlinie zur Förderung von Chancengleichheit können auch modellhafte Projekte der Frauen- und Männerarbeit sowie von Gleichstellungsbeauftragten gefördert werden. Die Förderhöhe wurde für 2011 um 93 % auf 12 200 € gekürzt. Ab 2012 ist gar keine Förderung mehr vorgesehen.

Sollten diese Kürzungsvorhaben umgesetzt werden, würden die Landesregierung dem sächsischen Verfassungsauftrag der Gleichstellung der Geschlechter wesentlich widersprechen und gegen dem Erreichen einer alltäglichen Gleichstellung der Geschlechter agieren.

Nachdem dies nicht die erste Kürzung ist, muss resümiert werden, dass der Freistaat Sachsen bei einer Umsetzung dieses geplanten Konzeptes an Attraktivität weiter verliert, eher in Geburtenrückgang und Ab- statt Zuwanderung sowie in zunehmende soziale Ungerechtigkeiten investiert. Statt eines Schuldenabbaus ist schon heute eine Zunahme der Folgekosten zu prognostizieren.

**Der LAG Jungen- und Männerarbeit Sachsen e. V. widerspricht entschieden dieser Entwicklung in aller Form und fordert alle Entscheidungsträger/innen in der Landespolitik und der Verwaltung auf, Überlegungen zu fiskalischen Kürzungen auch im Bereich der Gleichstellungspolitik einzustellen.**